

Nachgehakt: Entscheidung über Seeamtsverfahren im Bundesrat

Kämpferische Töne vergessen

Gestartet als Tiger, gelandet als Bettvorleger. So endete für den Senat im Bundesrat der Kampf um die Seeamtsverfahren. Statt wie beabsichtigt für eine Kompromisslösung zu kämpfen, enthielt sich das Land bei der Abstimmung im Bundesrat. Lockangebote der Bundesregierung hatten die Landesregierung umfallen lassen.

Wenn die Autobahn A 281 ins Spiel kommt, wird der Senat schwach. Die Bundesregierung

hat das schnell gemerkt. Dem Vernehmen nach hatten finanzielle Hilfen des Bundes für den Bau des Autobahnstücks um den Bremer Westen zwischen A 27 und A 1 dazu geführt, dass der Senat bereits bei der Lkw-Maut auf Linie schwankte. Die Beauftragte des Landes beim Bund, Dr. Kerstin Kießler, gibt zu, dass auch die Seeamtsverfahren der A 281 geopfert wurden. Die Bundesregierung habe beschleunigte Verfahren für den Autobahnbau versprochen.

Der Einbruch des Senats ist peinlich. Das Land selbst hatte einen Kompromissvorschlag für

das Seeunfalluntersuchungsgesetz auf den Tisch gelegt, um zu verhindern, dass die Bundesregierung die Untersuchung von Seeunfällen einer Bundesbehörde überträgt. Dadurch drohen die Seeämter, die die Verfahren bislang führen, auszubluten.

Nun wollten die Länder im Vermittlungsausschuss mit der Bundesregierung verhandeln. Partei übergreifende Rückendeckung erhielt der Senat nicht nur vom Landeshafenausschuss, sondern vom Landtag. Der erteilte dem Senat den Auftrag, mit anderen Küstenländern für das bisherige Verfahren und für den Erhalt der Seeämter zu kämpfen.

Kießler übt sich nun im Eieranzug. Die Entscheidung für die Enthaltung sei zwar am Donnerstag gefallen, aber man habe sich trotzdem vorgenommen, alle Möglichkeiten bis zur Abstimmung am Freitag auszuloten. „Als die CDU-Länder nach der Abstimmung über das Zuwanderungsgesetz den Bundesrat verlassen hatten, gab es keine Chance mehr auf eine Mehrheit für einen Kompromiss“, sagt Kießler. Sie verweist auf Niedersachsen, das ohnehin schon aus der Front der Küstenländer ausgebrochen war.

Der Beschluss des Landtags war schnell vergessen. Ebenso die eigenen kämpferischen Töne, mit denen man den Seeamtsmitarbeitern Mut gemacht hat. Statt zu den selbst gesteckten Zielen zu stehen, hat die Landesregierung sich abfinden lassen.

Die A 281 ist wichtig – vor allem für die Stadt Bremen. Der Senat erhält die finanziellen Mittel auf Kosten Bremerhavens. In der Seestadt fragt man sich jetzt, ob das Seeamts-Problem vom Senat nur als As im Verhandlungspoker missbraucht worden ist.

Klaus Mündelein

Nordsee-Zeitung vom 12. April 2002

Senat muß sich rechtfertigen

Das Abstimmungsverhalten des Senats im Bundesrat bezüglich des Seeunfall-Untersuchungsgesetzes wird ein parlamentarisches Nachspiel haben. Die Fraktion der Grünen hat nun einen Antrag für die Fragestunde des Landtags eingereicht. Sie will wissen, warum sich der Senat bei der Abstimmung enthalten hat, obwohl ein einstimmiger Bürgerschaftsentschluß eine Ablehnung des Gesetzes forderte.